

Was Sie wissen sollten

BWI (Berkenthiner Wählerinitiative) erhöht (sich) das Sitzungsgeld

Ausgerechnet die BWI, einst angetreten als eine in Stil und Inhalt alternative Kraft zu etablierten Parteien in der hiesigen Dorfpolitik, liefert nun all denen eine Steilvorlage, die es schon immer wussten: Wenn es um das eigene Portemonnaie geht, ist sich doch jeder selbst der nächste! War man sich in den Reihen der „Dorfalternativen“ doch nicht zu schade, die eigenen Sitzungsgelder gegen den geschlossenen Widerstand der SPD „mal eben“ von 20 auf 46,50 € zu erhöhen – immerhin eine satte Erhöhung von mehr als 132 % auf einen Schlag. Willkommen in den Niederungen der Politik!

Dabei wurde am Ende des letzten Jahres deutlich, dass unser Gemeindehaushalt höchst defizitär ist, die laufenden Einnahmen reichen nicht aus, um den Verpflichtungen nachzukommen, geschweige denn neue Investitionen zu tätigen. Wir leben derzeit von unseren Rücklagen! Das interessiert die BWI aber offensichtlich nicht! Sie vermeidet es in ihrem jetzt verteilten Flyer wohl mit Bedacht, konkrete Zahlen zu nennen und verschweigt, dass diese Erhöhung den angespannten Gemeindehaushalt mit Mehrkosten von mindestens 14.000 € jährlich belastet, Tendenz steigend. Jede Gemeinderatssitzung oder jede der vielen Ausschusssitzungen wird somit zu einem erheblichen Kostenfaktor für den Berkenthiner Steuerzahler, wie sich jeder leicht ausrechnen kann. Sie spricht wörtlich von „Peanuts“ und begründet die Erhöhung mit einer Wertschätzung der Dorfpolitik und des Ehrenamtes überhaupt – lässt aber außer acht, dass z.B. die Kameraden der Feuerwehr oder andere Ehrenamtler für ihren Einsatz für das Gemeinwohl keinerlei Entschädigung erhalten! Größer noch als der finanzielle ist u.E. der politische Schaden, beschädigt er doch nachhaltig das ohnehin ramponierte Image der Politik und ist damit Wasser auf die Mühlen der Demokratiefeinde: „Die machen ja doch, was sie wollen!“

In unserer auf Kompromiss angelegten Dorfpolitik müssen sich die Vertreter der BWI zugleich den Vorwurf gefallen lassen, unsere auf Ausgleich bedachten Vorschläge schlicht überstimmt zu haben. So etwa die Idee, eine möglichst moderate Erhöhung zeitlich zu verschieben. Vielmehr mutet man unseren SPD Vertretern zu, diesen Akt der Selbstbedienung im Ort mitverantworten zu müssen. Es sei denn, alle SPD-Vertreter legten ihrer Überzeugung folgend ihre Ämter nieder und zögen sich damit aus der Verantwortung für die Gemeinde zurück. Wir hätten uns eine andere Form des Umgangs gewünscht.